

25. August 1970: Bericht des Vorsitzenden des KGB, Ju. V. Andropov, an das ZK der KPdSU über den Abschluss des Moskauer Vertrages aus Sicht der westdeutschen Regierungsparteien SPD und FDP*

Streng geheim

Der Abschluss eines Vertrages mit der Sowjetunion wird von der Führung der westdeutschen Regierungsparteien – der SPD und der FDP – als ein Ereignis von großer Bedeutung angesehen, weil es Westdeutschland in eine völlig neue Lage versetzt und Möglichkeiten eröffnet, die es in der Vergangenheit nicht gab. Allein die Tatsache des Abschlusses des Vertrags, der nach Ansicht der westdeutschen Regierung bezeugt, dass die Sowjetunion beschlossen hat, die BRD als gleichberechtigten Partner zu betrachten, erhöht den internationalen Status Westdeutschlands. Die Parteispitzen von SPD und FDP erwarten, dass durch diesen Schritt die Position der „Kleinen Koalition“ innenpolitisch gestärkt wird und günstige Voraussetzungen zur Umsetzung ihrer außenpolitischen Pläne geschaffen werden.

Die Regierung Brandt-Scheel meint, dass sich nach dem Abschluss des Vertrages mit der Sowjetunion der Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu den anderen sozialistischen Ländern beschleunigen werde. Bonn hofft auf einen erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit Polen bereits im September d. J. In den Bonner Regierungskreisen wird außerdem vermutet, dass die Führung der DDR wohl demnächst entscheiden wird, die Verhandlungen zur Regelung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten wieder aufzunehmen. Als bedeutendes Zeichen wurden in Bonn die Rede von W. Ulbricht in Rostock am 16. Juli d. J. und die fast vollständige Einstellung von Angriffen in der DDR-Presse auf die BRD betrachtet. Einigen Informationen zufolge machen sich die Regierungskreise in Bonn Hoffnung darauf, dass die Sowjetunion die Wiederaufnahme der „innerdeutschen“ Verhandlungen „gewissermaßen fördern“ und die DDR insofern beeinflussen wird, dass sie sich auch bereit erklärt, die Vorschläge der westdeutschen Seite, die von Brandt beim Treffen mit Stoph in Kassel unterbreitet wurden, zu besprechen.

Den Abschluss des Vertrages mit der Sowjetunion und die Zustimmung, die dieser Schritt der „Kleinen Koalition“ in einem bedeutenden Teil der westdeutschen Bevölkerung, einschließlich der Industriekreise, erfährt, planen SPD und FDP zur Verstärkung der Regierungsautorität zu nutzen, die Probleme bei der Umsetzung der längst versprochenen sozialökonomischen Reformen hat. Insbesondere wollen die SPD und die FDP den ersten konkreten Erfolg in der Außenpolitik der „Kleinen Koalition“ bei der Vorbereitung der im November d. J. stattfindenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen umfassend nutzen.

Die Position der Regierung Brandt-Scheel wird durch die Verwirrung und Verschärfung der Unstimmigkeiten in den Reihen der Opposition gestärkt, die durch den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen mit der Sowjetunion verursacht wurden. Die CDU/CSU-Führung rechnete nicht mit einer derart raschen Entwicklung der Ereignisse und hatte keine Zeit, für diesen Fall eine entsprechende taktische Linie zu erarbeiten. Nach vorhandenen Informationen beabsichtigt der gemäßigte Flügel der Christdemokraten, zu dem Personen wie Schröder, Kohl und Stoltenberg gehören, der Ratifizierung des Vertrags nicht entgegenzuwirken. Konsequente Gegner des Vertrags verstehen, dass ihre Angriffe auf den Vertrag und die Regierung derzeit keine breite Unterstützung finden und versuchen, die Sache so darzustellen, als ob die „harte“ Linie der

* RGANI, F. 5, op. 62, d. 568, S. 55–57. – Briefkopf: „UdSSR, Komitee für Staatssicherheit beim Ministerrat der UdSSR, 25. August 1970, Nr. 2342-A, Moskau.“ Eingangsstempel: „ZK der KPdSU, 27895, 25. August 1970, obliegt der Rückgabe an die Allgemeine Abteilung des ZK der KPdSU, hs.: 25-s/7.“ 3 Unterschriften: Katušev, zwei unleserlich. Hs. vermerkt: „25-s/7. Information auf S. 3.“ – Stempel: „Informationsmaterial, in der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU zur Kenntnis genommen, Sektorenleiter Mačalin, 25s/.“ Hs. verfügt: „Ins Archiv, [Unterschrift unleserlich].“ Hs.: „Gen. Kuskov E. I. zur Kenntnis genommen, [unleserlich] Koval', 9. September 1970.“

CDU/CSU, den aus der Sicht der BRD erfolgreichen, Abschluss der Verhandlungen mit der Sowjetunion und insbesondere das Einbringen „wichtiger Änderungen“ im ursprünglichen Vertragstext erwirkt habe. Gleichzeitig halten sie an ihrer Absicht fest, den Vertrag zu konterkarieren oder zumindest dessen Ratifizierung zu verzögern. Dabei rechnen die Gegner des Vertrags mit der Unterstützung seitens der USA, Großbritanniens und Frankreichs, die mit einer gewissen Besorgnis auf seinen Abschluss reagierten. Um die Situation der Regierung zu erschweren, betonen Kiesinger, Strauß, Barzel, Guttenberg und andere Vertragsgegner in der CDU/CSU in ihren Reden ständig, dass dieser das Vertrauen der westlichen Verbündeten in die BRD untergrabe und die westliche Gemeinschaft zerrütte.

Nach vorhandenen Informationen ist die Regierung Brandt-Scheel über die Position der CDU/CSU in Bezug auf den Vertrag mit der Sowjetunion besorgt und ergreift Maßnahmen, gemäßigte CDU/CSU-Mitglieder auf ihre Seite zu ziehen, um dadurch die erforderliche Mehrheit an Stimmen im Bundestag für die Ratifizierung des Vertrags zu sichern. Laut Scheel versuchen die regierenden Parteien, „der Opposition zu helfen, den Vertrag zu unterstützen“. Mit dem gleichen Ziel sandte Brandt einen Brief an die Führung der Unionsparteien.

Die Regierung der BRD hofft, die Ratifizierung des Vertrags, allerdings nicht in diesem, sondern im nächsten Jahr zu erreichen. Das Erlangen einer „akzeptablen Lösung“ für Westberlin würde nach Ansicht der Parteiführer von SPD und FDP die Ratifizierung des Vertrages erleichtern. Einigen Informationen zufolge, versteht Brandt die Schwierigkeit der Westberlin-Frage, rechnet jedoch damit, dass die Sowjetunion, die an der Ratifizierung des Vertrags interessiert ist, bei den Verhandlungen über Berlin zumindest minimale Kompromisse eingeht und damit der Regierung der BRD hilft, den Widerstand der Opposition zu überwinden.

Der Vorsitzende des Komitees für Staatssicherheit

Andropov¹

¹ Hs. unterzeichnet.